Deutscher Bundestag **Drucksache 15/2794**

15. Wahlperiode 29. 03. 2004

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Erich G. Fritz, Karl-Josef Laumann, Dagmar Wöhrl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 15/2704 –

Klagen über Wettbewerbsverzerrungen auf den internationalen Nicht-Eisen-Metallmärkten

Vorbemerkung der Fragesteller

Chinesische Schrottverarbeiter haben durch staatlich gewährte Schutzmaßnahmen wie etwa durch die Rückvergütung der Einfuhrumsatzsteuer von 17,5 % beim Einkauf von Kupferkonzentraten und -schrotten, durch zinslose Kredite, durch falsche Zolldeklarationen und durch Schmuggel am Weltmarkt wettbewerbsentscheidende Vorteile gegenüber ihren Konkurrenten aus Deutschland, der EU und den USA. Angesichts dieser Wettbewerbspraktiken sind in Deutschland, Europa und den USA Verknappungen in der Versorgung mit Konzentraten und Schrotten eingetreten, die bereits zu Kapazitätsabbau und Arbeitsplatzverlusten geführt haben. Zum Beispiel musste in Deutschland im vergangenen Jahr die Mansfelder Kupfer- und Messing GmbH ihren Recyclingbereich mit 140 Mitarbeitern schließen. Die Hüttenwerke Kayser in Lünen musste ihre Belegschaft um über 200 Mitarbeiter verringern. Beide Unternehmen sind in strukturschwachen Gebieten angesiedelt (vgl. WELT am SONNTAG vom 7. Dezember 2003).

Weltweit wird die Recyclingindustrie durch die Unterversorgung mit Kupferschrotten gefährdet. Zudem wird in Deutschland die Kreislaufwirtschaft nachhaltig geschädigt, wenn durch fehlenden Schrotteinsatz bestimmte Materialien wie Aschen, Schlämme oder Stäube nicht mehr aufgearbeitet werden können. Dies hat zur Folge, dass technologisch hochmoderne, wettbewerbsfähige und umweltschonende Anlagen schließen müssen, während die Umweltverschmutzung in China aufgrund von veralteten Produktionsmethoden zunimmt.

Durch die von den Chinesen künstlich herbeigeführten Preisvorteile ist neben Kupfer und Kupferlegierungsschrott auch die Versorgung mit sekundären Rohstoffen bei Aluminium, Blei und Zink gefährdet. Ferner schädigt die Schrottknappheit auch die Halbzeugindustrie, die auf den direkten Schrotteinsatz verzichten und teures Primärmetall einsetzen muss. Während vor der chinesischen Nachfrageoffensive der direkte Einsatz in bestimmten Kupferhalbzeugwerken bis zu 80 % der Gesamtversorgung erreicht hatte, liegt dieser Wert heute zum Teil nur noch bei 20 %. Auch der Ersatz mit Primärmetall wird immer schwieriger, weil auch dieses durch chinesische Aufkäufe verknappt wird.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit vom 25. März 2004 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Auch die USA sind von chinesischen Wettbewerbsverzerrungen im Schrottbereich betroffen. China importierte im vergangenen Jahr für rund 1,4 Mrd. US-Dollar Metallschrotte aus den USA – davon jeweils für 400 Mio. US-Dollar Kupfer und Aluminium. Der Schrottabfluss bei Kupfer hat mittlerweile den höchsten Stand seit zwölf Jahren erreicht. Wenn die US-Regierung Maßnahmen gegen den Schrottabfluss einleitet, entsteht in Europa zusätzlicher Druck auf das noch verfügbare Schrottvolumen, der für die europäische Nicht-Eisen-Metallindustrie (NE-Metallindustrie) dann schnell existenzgefährdend werden wird.

Zu den Wettbewerbsverzerrungen auf den NE-Metallmärkten gehören auch die protektionistischen Maßnahmen Russlands, das auf die Ausfuhren von Kupfer- und Aluminiumschrott Ausfuhrzölle von 50 % erhebt. Daher können auch russische Lieferungen nicht mehr genutzt werden, um die durch China, Indien und Korea hervorgerufenen Versorgungsengpässe am internationalen Markt auszugleichen. Bevor die russische Regierung die Ausfuhrzölle 1998 eingeführt hat, wurden über 200 000 Tonnen Kupferschrott nach Deutschland geliefert. Heute erreichen nur noch wenige 1 000 Tonnen unser Land.

Vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, dass Russland von der EU-Kommission in das Schema Allgemeiner Zollpräferenzen für Entwicklungsländer aufgenommen wurde. Dies bedeutet, dass Lieferungen von Halbzeug in die EU zollbegünstigt erfolgen können. Erste Beratungen über die vorgesehene Revision des Zollpräferenzschemas finden derzeit in Brüssel statt.

1. Was versteht die Bundesregierung unter einer standortbezogenen, wachstums- und beschäftigungssichernden Industrie- und Rohstoffpolitik?

Eine standortbezogene, wachstums- und beschäftigungssichernde Industriepolitik muss aus Sicht der Bundesregierung die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie ins Zentrum ihrer wirtschaftspolitischen Aktivitäten stellen. Der Industrie kommt in Deutschland nach wie vor eine entscheidende Bedeutung bei der Sicherung unseres Wohlstands und der Schaffung von Arbeitsplätzen zu. Die wichtigste Funktion der Industriepolitik besteht nach Auffassung der Bundesregierung darin, den Unternehmen in der Industrie gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen zu garantieren, in denen sie ihr ökonomisches Potential optimal ausschöpfen können. In diesem Sinne umfasst Industriepolitik sämtliche staatliche Maßnahmen, die, ohne den ordnungspolitischen Grundsätzen von Markt und Wettbewerb zu widersprechen, die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie stärken und verbessern, und erstreckt sich demzufolge über ein breites wirtschaftspolitisches Spektrum. Hierzu zählen vor allem leistungsfreundliche Steuersysteme, ein stabiles makroökonomisches Umfeld, der verstärkte Abbau von Regulierungen und bürokratischen Hemmnissen, die Förderung des Unternehmergeistes und eine effiziente Wissenschafts- und Forschungslandschaft. In der Europäischen Union setzt sich die Bundesregierung ebenso nachdrücklich dafür ein, dass die Interessen und Belange der Industrie wieder im Mittelpunkt der Europapolitik stehen.

Zu den erwähnten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen gehört nach Auffassung der Bundesregierung auch der gesicherte Zugang zu den von der Industrie benötigten Rohstoffen. Die Bundesregierung trägt dazu bei, ein Höchstmaß an Markttransparenz zu schaffen. Dabei ist es von Bedeutung, genügend Informationen über Lagerstätten, Gewinnung und Handelswege zu beschaffen (diesem Ziel dienen auch die internationalen Regierungsorganisationen im NE-Metallbereich: Die Bundesregierung ist Mitglied in der Internationalen Kupfer-Studiengruppe sowie in der Internationalen Blei- und Zink-Studiengruppe). Hinzu kommen Erkenntnisse der Unternehmen und Fachbehörden, die auch dazu beitragen, Daten über Rohstoffexploration, Lager, Handel und Preise zu sammeln, aufzubereiten und den Mitgliedstaaten zugänglich zu machen. Mit diesen Daten hat die Bundesregierung ein Instrument, mit dem

sie mögliche Verknappungen auf den Rohstoffmärkten frühzeitig erkennen und diesen unter Umständen auch handelspolitisch begegnen kann.

Speziell in der NE-Metallwirtschaft versteht man unter Rohstoffpolitik mehr als die Befassung mit den Primärrohstoffen; hier geht es auch um Recyclingpolitik. Daraus ergeben sich spezielle rohstoffpolitische und handelspolitische Handlungsalternativen, auf die in den nachfolgenden Antworten zu den Fragen im Einzelnen eingegangen wird.

2. Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass die weltweiten chinesischen Einfuhren z. B. bei Kupferschrott von 1995 bis 2002 um über 150 % auf über 3 Mio. Tonnen stiegen, die Importe von Kupferkonzentraten um über 300 % auf rund 2,1 Mio. Tonnen zunahmen und sich die Einfuhren von Zinkkonzentraten auf 800 000 Tonnen verachtfacht haben? Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass diese Entwicklung durch massive Wettbewerbsverzerrungen möglich wurde, die von China verursacht werden, und die für die deutsche NE-Metallindustrie die Sicherung ihrer Primär- und Sekundärrohstoffbezüge in Europa und darüber hinaus am Weltmarkt zunehmend erschweren und in Teilbereichen bereits existenziell bedrohen?

Der Bundesregierung ist die Steigerung bei den chinesischen NE-Metallimporten bekannt. Sie hat die Probleme, die der deutschen Wirtschaft dadurch entstehen, mit den Verbänden ausführlich diskutiert. Gemeinsam mit Vertretern aus NE-Metall-Industrie und -Handel hat sie bilaterale Gespräche dazu mit der chinesischen Regierung bereits konkret abgesprochen: Die Thematik wird jetzt auf Ministerebene anlässlich der nächsten Tagung der bilateralen deutsch/chinesischen Gemischten Kommission umfassend behandelt. Dabei werden die chinesischen Wettbewerbsverzerrungen im Vordergrund stehen.

3. Was unternimmt die Bundesregierung auf EU-Ebene und im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO), um die Wettbewerbsverzerrungen im Handel mit China und Russland und die damit einhergehenden künstlich erzeugten Materialverknappungen zu beseitigen?

Handelspolitische Fragen im Zusammenhang mit China und Russland wie z. B. Wettbewerbsverzerrungen werden für die EU-Mitgliedstaaten nach der Maßgabe des Artikels 133 EGV von der Europäischen Kommission wahrgenommen. Die Bundesregierung steht in laufendem engem Kontakt zur Europäischen Kommission. Dabei werden alle relevanten Probleme zur Sprache gebracht und das weitere Vorgehen abgestimmt.

Die Europäische Kommission hat die Besorgnis der EU über wettbewerbsverzerrende Praktiken Chinas sowohl multilateral als auch bilateral thematisiert. Multilateral geschieht dies im Rahmen der regelmäßigen Überprüfungen der Umsetzung der WTO-Verpflichtungen Chinas durch die WTO, u. a. im WTO-Ausschuss für Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen. Die jüngste Überprüfung fand im Herbst 2003 statt. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl bilateraler Treffen, bei denen dieses Thema angesprochen wird, zuletzt beim China-Besuch von Kommissar Pascal Lamy am 14./15. März 2004. Auf ausdrückliches Drängen der Bundesregierung wurde bei dieser Gelegenheit auch die Frage der Exportbeschränkungen für NE-Metalle in China thematisiert.

Darüber hinaus nutzt die Bundesregierung aber auch ihre eigenen Beziehungen zur chinesischen Führung, um eine zufriedenstellende Lösung des Problems einzufordern (vgl. Antwort auf Frage 2).

Was das Nicht-WTO-Mitglied Russland anbelangt, steht die Europäische Kommission, nicht zuletzt auf Drängen der Bundesregierung, schon seit geraumer Zeit im Gespräch mit Russland, um im Rahmen der laufenden WTO-Beitrittsverhandlungen zu einer angemessenen Lösung zu kommen.

4. Sieht auch die Bundesregierung die Dringlichkeit, die chinesische Regierung aufzufordern, ihrer Verpflichtung aus dem WTO-Beitrittsprotokoll nachzukommen und die Rückerstattung der Einfuhrumsatzsteuer auf chinesische Konzentrat- und Schrottimporte aufzuheben sowie auf WTO-widrige Beihilfen zu verzichten, und wenn ja, was unternimmt die Bundesregierung, das WTO-Sekretariat und das Committee on Subsidies and Countervailing Measures hierzu zu ersuchen?

5. Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, die chinesische Seite dazu zu bewegen, energisch gegen Betrugsfälle wie Falschdeklarationen und Schmuggel vorzugehen, die in hohem Maße zu den Wettbewerbsverzerrungen beitragen?

Die EU und die Bundesregierung drängen China im Rahmen multilateraler und bilateraler Kontakte auf die Einhaltung der Verpflichtungen, die China bei seinem Beitritt zur WTO übernommen hat. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

6. Inwieweit wird sich die Bundesregierung bei der EU-Kommission für eine Kontingentierung oder eine Belegung mit Exportzöllen der NE-Metallschrottausfuhren einsetzen, wenn Verhandlungen mit China über eine Abschaffung der Rückerstattungen der Einfuhrumsatzsteuer auf Konzentrate und Schrotte und der damit zusammenhängenden Praktiken der Falschdeklarationen und des Schmuggels kurzfristig nicht zum Erfolg führen?

7. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung trotz des Umstands, dass mangels eigener nennenswerter Exporte aus der EU bei Kupferkonzentraten keine zielführenden ausfuhrbeschränkenden Maßnahmen ergriffen werden können, hier die Wettbewerbsverzerrungen zu beenden, wenn keine Verhandlungslösung gefunden wird?

Im Zentrum der Bemühungen der EU und der Bundesregierung steht, die chinesische Seite zur Einhaltung ihrer WTO-Verpflichtungen, insbesondere hinsichtlich eventueller schädigender Subventionen, zu bewegen. Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass dies gegenüber eventuellen Exportbeschränkungen – unabhängig von der Frage von deren WTO-Rechtmäßigkeit – der bessere Weg ist, um das Funktionieren der Rohstoffmärkte und eine angemessene Versorgung der nationalen Verarbeitungsindustrien zu gewährleisten.

8. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die EU im Falle einer Schrottausfuhrregelung in den USA, die in Washington bereits gefordert wird, die Ausfuhren von Schrotten beschränken muss, um die existenziell notwendige Versorgung ihrer NE-Metallindustrie zu sichern?

Es trifft zu, dass auch die NE-Metallindustrie der USA massiv von den Handelsproblemen im NE-Metallbereich betroffen ist. Auch dort ist es bereits zu Stilllegungen gekommen. Wenn es in den USA tatsächlich zu einer Schrottausfuhrregelung kommen sollte, darf sich nach Ansicht der Bundesregierung nicht automatisch die Frage nach entsprechenden reaktiven Maßnahmen der EU stellen. Die Bundesregierung setzt sich in Brüssel stets für Liberalisierung ein, weil unser Land wie kaum ein anderes auf freie Weltmärkte angewiesen ist. Wenn

jedoch alle Probleme ohne Aussicht auf kurzfristige Lösungen kumulieren sollten (Russland, China und möglicherweise auch USA), wäre als äußerste Alternative möglicherweise auch die Forderung nach einer restriktiven EU-Politik in diesem Bereich zu prüfen.

9. Welche Position bezieht die Bundesregierung im Rahmen der derzeit auf EU-Ebene stattfindenden Beratungen über eine Revision des Zollpräferenzschemas und welche Vorschläge unterbreitet die Bundesregierung, um Produkte, deren Wettbewerb verzerrt ist, aus dem Kreis der innerhalb der EU begünstigten Waren auszuschließen?

Die Diskussion über ein neues allgemeines Präferenzsystem ab Januar 2006 hat in der EU noch nicht begonnen. Die Bundesregierung beabsichtigt, sich dafür einzusetzen, das Allgemeine Präferenzsystem der EU zu vereinfachen und attraktiver auszugestalten. Dabei wird auch zu prüfen sein, ob der Kreis der Begünstigten präziser definiert und zwischen einzelnen Begünstigten oder Sektoren gegebenenfalls auch differenziert werden kann.

10. Welche Auswirkungen sind infolge der chinesischen wie russischen Praktiken und der damit einhergehenden Rohstoffverknappung auf die deutsche und europäische Industrie wie auch den deutschen und europäischen Handel zu erwarten und wie hoch sind die bislang erlittenen Nachteile?

11. Sind nach Kenntnis der Bundesregierung weitere Branchen außer der NE-Metallindustrie von chinesischen Wettbewerbsverzerrungen betroffen, und wenn ja, was unternimmt die Bundesregierung in diesen Fällen, um Abhilfe zu schaffen?

Die NE-Metallwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland ist im europäischen Raum von den Handelsproblemen mit Russland und China am stärksten betroffen. Nach der Wende gab es in dieser Hinsicht zunächst eine sehr positive Entwicklung in der Zusammenarbeit, die zunächst zu soliden, als sicher angesehenen Liefer-Abnehmer-Beziehungen geführt hat. Die meisten übrigen europäischen Länder haben weniger von dieser Zusammenarbeit mit Russland profitieren können und sind deshalb jetzt schon deswegen auch weniger betroffen. Die europäischen Wirtschaftsverbände, insbesondere EUROMETEAUX mit Sitz in Brüssel, setzen sich jedoch genau wie die deutsche Industrie massiv auch bei der Europäischen Kommission für Abhilfe ein. Die Europäische Kommission hat das Thema bereits im Zusammenhang mit den WTO-Aufnahmeverhandlungen mit Russland aufgegriffen.

Über die Auswirkungen der russischen und chinesischen Handelspraktiken im NE-Metallbereich hat bereits Ende letzten Jahres ein Gespräch mit einigen Verbänden der NE-Metallwirtschaft stattgefunden. Die Nachteile, die die deutsche und europäische Industrie wie auch der deutsche und europäische Handel zu erleiden haben, sind offenbar erheblich, zumal die Ausfälle durch Zulieferungen aus anderen Ländern in den meisten Fällen nicht kompensierbar sind. Es trifft zu, dass – zumindest mittelbar – auch andere Branchen, außer der NE-Metallindustrie, von den chinesischen Wettbewerbsverzerrungen betroffen sein könnten. Der Bundesregierung ist jedoch nicht bekannt, dass es insoweit schon zu Schwierigkeiten in der Belieferung von Produktionszweigen gekommen ist, die von Vorstoffen aus dem NE-Metallbereich abhängig sind. Die Industrie untersucht diesen Komplex zurzeit selbst noch im Detail. Anlässlich des erwähnten Gesprächs Ende letzten Jahres hat sie der Bundesregierung dazu ausführliche Informationen zugesagt. Ebenso will die NE-Metallwirtschaft in diesem Zusammenhang die Auswirkungen der Wettbewerbsverzerrungen in den anderen

EU-Mitgliedstaaten, die von China und Russland ausgehen, aus ihrer Sicht untersuchen.

12. Mit welchen Auswirkungen auf andere Wirtschaftszweige rechnet die Bundesregierung angesichts der mittelfristigen Existenzbedrohung des Metallrecyclings, das eine wichtige Basis für unsere Rohstoffversorgung darstellt?

Auch die Bundesregierung sieht im Metallrecycling eine wichtige Basis für unsere Rohstoffversorgung. Ein Rückgang oder gar Verschwinden des Metallrecyclings würde sich auch auf andere Wirtschaftszweige auswirken: Den Abnehmerbranchen würde die kostengünstige Rohstoffversorgungsgrundlage zumindest teilweise entzogen. Dies wirkt bei uns umso schwerer, als eine eigene Urproduktion (Bergbau) ohnehin nicht mehr vorhanden ist und von daher die Weiterverarbeitung (Hüttenstufe und/oder Gießereien) eine umso größere Bedeutung hat. Auswirkungen (Qualitätseinbußen, Kostensteigerungen) auf wichtige Schlüsselindustrien in Deutschland (Fahrzeugbau, Anlagenbau u. a.) wären nicht auszuschließen. Bei einem solchen Szenario könnte von einer integrierten Kreislaufwirtschaft in Deutschland nicht mehr gesprochen werden, zumal die deutsche NE-Metallversorgung bei den vier Hauptmetallen Aluminium, Kupfer, Blei und Zink zu über 50 % auf Sekundärmetallen und nicht auf Erzen beruht. Von einem weiteren Rückgang der Schrottversorgung wären auch Neumetallhütten betroffen, da diese in der Regel nicht ausschließlich durch Erzkonzentrate versorgt werden.

Die NE-Metallbranche hat sich bei hoher Metallpreisvolatilität in der Vergangenheit immer wieder sehr flexibel auf strukturelle und sogar epochale Umbrüche eingestellt (z. B. bei der Aluminiumangebotschwemme nach der politischen Wende 1989/90). Gleichwohl betrachtet die Bundesregierung die angespannte Lage auf den Sekundärmetallmärkten mit großer Sorge; sie wird daher auf internationaler Ebene und in bilateralen Gesprächen weiterhin auf die chinesische und russische Regierung einwirken.

13. Wie hoch beziffert die Bundesregierung den infolge der Rohstoffverknappung noch drohenden Arbeitsplatzabbau sowohl in der NE-Metallindustrie selbst als auch in der mit ihr verbundenen Zuliefererindustrie?

In der NE-Metallwirtschaft ist es in mehreren Fällen schon zu einschneidenden Maßnahmen gekommen. An bedeutenden Standorten der Kupferindustrie (Mansfeld und Lünen) sowie auch an mehreren anderen Standorten hat es schon einen erheblichen Arbeitsplatzabbau gegeben. Die Bundesregierung sieht durchaus die Gefahr, dass weitere Kapazitäten abgebaut werden müssen, wenn es nicht gelingen sollte, auf die russische und chinesische Regierung einzuwirken.

14. Was unternimmt die Bundesregierung auf EU- bzw. WTO-Ebene, um den deutschen bzw. europäischen Verarbeitungssektor (hier vor allem die Sanitärindustrie) vor der chinesischen Markenpiraterie zu schützen, und wie hoch ist der Schaden, den der deutsche bzw. europäische Verarbeitungssektor bislang durch die chinesische Markenpiraterie erfahren hat?

Das Problem der chinesischen Markenpiraterie ist bekannt und wird regelmäßig in den zuständigen Gremien auf EU- und WTO-Ebene angesprochen. Die Bundesregierung und die EU sind dabei ständig bemüht, den Rechtsrahmen zur Bekämpfung der Markenpiraterie zu verbessern. Generell verfolgen Deutschland und die EU gerade die Umsetzung der von China im Rahmen der WTO

eingegangenen Verpflichtungen mit besonderer Aufmerksamkeit. So kommt der Unterstützung bei der Umsetzung besondere Bedeutung zu. Konkrete Beispiele hierfür sind u. a. die Ausbildung von Mitarbeitern chinesischer Patentämter in Deutschland bzw. der EU.

Die Klagen der ausländischen und auch der deutschen Wirtschaft über die zunehmende Markenpiraterie in China haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Die in China operierende ausländische Industrie schätzt, dass ca. 10 bis 20 % ausländischer Markenartikel, die auf dem chinesischen Markt angeboten werden, Fälschungen sind.

15. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass Recycling ein integraler und unverzichtbarer Bestandteil unserer heutigen Industriestruktur ist, und wenn ja, welche Lösungsmöglichkeiten sieht die Bundesregierung, die infolge der mangelnden Versorgung mit Schrotten aus dem NE-Metallbereich drohende Zerstörung des prozess- und umwelttechnisch hoch entwickelten Recyclings in Deutschland wie auch in Europa zu verhindern?

Siehe Antworten zu Fragen 12, 13 und 14.

16. Teilt die Bundesregierung vor dem Hintergrund, dass die europäische Zinkoxidindustrie unter chinesischen Billigimporten leidet, die EU-Kommission daraufhin am 6. März 2002 Antidumpingzölle auf Zinkoxid aus China von 6,9 % bis 28 % verhängt hatte, und die Maßnahmen jedoch weitgehend wirkungslos sind, da China die Zölle umgeht, die Auffassung, dass Umgehungspraktiken energisch entgegengetreten werden muss, soll nicht das berechtigte Schutzinteresse der betroffenen Industrie und letztlich die Durchsetzungskraft des Antidumpinginstrumentariums Schaden erleiden?

    Ist der Bundesregierung bekannt, welche Gegenmaßnahmen die EU-Kommission eingeleitet hat, um die Wettbewerbswirkungen ihrer Antidumpingbeschlüsse bei Zinkoxid zu sichern?

    Welche handelspolitischen Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Antidumpingbeschlüsse im Zinkoxidbereich vollständig durchzusetzen und damit die unlauteren Methoden Chinas zum Schaden der deutschen Industrie zu beenden?

Was die bestehenden Antidumpingzölle gegen China bei Zinkoxid anbetrifft, so hat die EU bereits auf die chinesischen Umgehungspraktiken reagiert und ihre Maßnahmen auf einige Zinkoxidmischungen und auf Importe aus Vietnam ausgedehnt. Seit September 2003 sind keine erneuten Klagen bekannt geworden.

Die Bundesregierung setzt sich weiterhin nachhaltig dafür ein, dass Umgehungspraktiken energisch entgegen getreten wird.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333